

AUSSPRACHE

Die Inflationsgefahren per deutschen Wirtschaftspolitik

Zweimalige völlige Entwertung des Geldes in Deutschland mit ihren katastrophalen Folgen dürfte nicht Ursache sein, immer wieder, auch ohne jede sachliche Begründung bzw. durch falsche Quantifizierung der inflationistisch und deflationistisch wirkenden Faktoren, neue Inflationsgefahren anzukündigen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die D-Mark seit der Währungsreform Mitte 1948 in völlig unerwarteter Weise, nicht zuletzt dank der enormen Arbeitsleistung und Produktivitätssteigerung, ihre Stabilität aufrechterhalten hat. Während des Koreabooms hat sie, obwohl angesichts der politischen Unsicherheitsmomente in Westdeutschland die Voraussetzungen hierzu denkbar ungünstig waren, in einer für europäische Währungen beispielhaften Weise ihre Stabilität bewahrt. Daß sich trotzdem Preissteigerungen — recht erhebliche sogar — nicht vermeiden ließen, ist keineswegs gegen die deutsche Währungspolitik zu werten. Die Preiserhöhungen sind nämlich in Westdeutschland geringer gewesen als in fast allen anderen europäischen Ländern. Seit dem Abklingen des Koreabooms haben sich die Voraussetzungen für die Stabilerhaltung des Geldwertes in Westdeutschland stark verbessert.

Im folgenden wird versucht, darzulegen, daß die innere finanzielle Stabilität in Westdeutschland als gesichert bezeichnet werden muß, sofern in einer modernen Geldwirtschaft hiervon überhaupt die Rede sein kann. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Preisindex der Lebenshaltung hat sich in 1952 und 1953 nicht, wie Herr *Dr. Müthling* in seinem Beitrag „Über die Inflationsgefahren der deutschen Wirtschaftspolitik“ im Märzheft behauptet, geringfügig erhöht. Er ist vielmehr recht merklich abgesunken. So umstritten seine Berechnungsmethode auch sein mag, an der Tatsache, daß im vergangenen Jahr weite Bereiche der Wirtschaft in die Mengenkonjunktur kamen, die Preise sanken und die Kaufkraft der D-Mark demzufolge stieg, ist nicht zu rütteln.

Voraussetzung einer solchen Entwicklung ist in jeder modernen Volkswirtschaft Vertrauen in den Geldwert. Daß dieses in Westdeutschland in einem außerordentlich hohen Umfang vorhanden ist, beweist die überaus günstige Entwicklung der Spartätigkeit. Wird dieses Vertrauen in die künftige Entwicklung der Währung erschüttert, so vermag auch die beste Geld- und Kreditpolitik des hierfür verantwortlichen Gremiums ernste Folgen nicht zu vermeiden. Mit einer Regulierung der umlaufenden Geldmenge allein ist es nämlich keineswegs getan, da in jeder Volkswirtschaft der Geldwert weniger von der Geldmenge als ihrer

Umlaufgeschwindigkeit beeinflusst wird. Ein Geldvolumen, das bei einer bestimmten Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte in einer gewissen Relation zwischen Güterangebot Preissenkungen mit sich brachte, kann bei entsprechender Veränderung des Wirtschaftsklimas ohne wesentliche Reibungen größere inflationistische Preissteigerungen und damit *wertmäßig* gestiegene Umsätze finanzieren.

Da die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ohne Eingriffe in die Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte nicht zu regulieren ist, hat alles zu unterbleiben, was unberechtigt das Vertrauen in die Währung zu untergraben geeignet ist. Hierher gehören auch mangelhaft fundierte Untersuchungen, die nicht oder nicht mehr als in jeder modernen Geldwirtschaft latent vorhandene Inflationsgefahren bedrohlich erscheinen lassen. Je weiter der Leserkreis solcher Ausführungen ist, um so gewissenhafter müßte jede Aussage auf Sinn und Wahrheitsgehalt überprüft werden. Aufgabe einer großen Organisation wie der Gewerkschaft ist es, das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik und in die Währung zu stärken, nicht aber zu untergraben. Dann aber, wenn eine wirkliche inflationistische Politik in volkswirtschaftlich nicht vertretbarer Weise getrieben wird, dieser mit all den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzuarbeiten.

Im folgenden soll untersucht werden, was es mit den von Herrn Dr. Müthling vermeintlich gesehenen Inflationsquellen auf sich hat. Zunächst bedarf es jedoch noch folgenden Hinweises: Die Geld- und Kreditpolitik hat ein Bestandteil der übrigen Wirtschaftspolitik, d. h. sinnvoll mit ihr koordiniert zu sein. Das bedeutet, daß die für die Kreditpolitik verantwortliche Instanz nicht die Aufgabe hat, die innere Kaufkraft der Währung möglichst hochzuschrauben oder auch nur um jeden Preis stabil zu erhalten. Oberstes Ziel der Wirtschafts- und Kreditpolitik hat vielmehr die optimale Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte zu sein. Herrscht z. B. konjunkturell bedingt große Arbeitslosigkeit, so ist es wirtschafts- und sozialpolitisch durchaus notwendig und sinnvoll, planmäßig und vorsichtig dosiert Kreditschöpfung von Staats wegen zu treiben (Offenmarktpolitik) oder die privaten Entscheidungen, die zur Kreditnahme führen, anzuregen und zu erleichtern. Ist die Elastizität der Produktion entsprechend groß, so muß eine derartige Politik keineswegs notwendigerweise zu Preissteigerungen führen. Aber selbst dann, wenn sie von solchen in geringfügigem Umfang begleitet ist, ist kaum zweifelhaft, welches Ziel in einer aufzustellenden Werteskala höher zu stehen hat: die Eingliederung einer Vielzahl von Menschen in den Produktionsprozeß oder die Verhinderung einer geringfügigen Geldwertminderung und dabei ein

konjunkturelles Brachliegen von Produktionskräften. Daß kredit- und finanzpolitische Maßnahmen durchaus geeignet sind, die Expansionskraft der Wirtschaft zu entfachen und zu erhalten, wird von allen namhaften Konjunkturforschern und -beobachtern anerkannt. Wie sollten auch sonst die Forderungen von gewerkschaftlicher Seite nach expansiver Lohnpolitik verstanden werden? Es scheint mir falsch, anzunehmen, daß hier geplant ist, die kontraktbestimmten Einkommen ohne eine entsprechende Steigerung der Gesamteinkommen, d. h. durch Schmälerung der übrigen Einkommen, zu expandieren. Eine solche Maßnahme müßte notwendigerweise sehr bald auf ständig wachsenden Widerstand des anderen Sozialpartners führen und zum Scheitern verurteilt sein. Eine sinnvolle Interpretation finden die Forderungen der Gewerkschaften nach einer expansiven Lohnpolitik wohl nur dann, wenn unterstellt wird, daß durch sie das Gesamteinkommen entsprechend ausgeweitet werden soll. Dies liegt keineswegs im Bereich des Unmöglichen. (Durch Steigerung der Kontrakteinkommen kann die Unternehmerschaft nämlich durchaus zur Auflösung etwa vorhandener Kassenhorte oder zur Kreditinanspruchnahme gezwungen werden.) Selbstverständlich erfordert die Auswahl des für die expansive Lohnpolitik geeigneten Zeitpunkts ein großes Maß an volkswirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein. Ist die Zeit richtig gewählt, d. h. sind die unausgenützten Produktivkräfte und die äußere Elastizität der Wirtschaft entsprechend groß, so kann eine solche Maßnahme durchaus zum Segen der Gesamtwirtschaft und letzten Endes sogar zu einem absoluten Anstieg der Unternehmereinkommen führen. Soweit die kritischen Anmerkungen zur Arbeit von Herrn Dr. Muthling über die Entwicklung der Währungspolitik; nun zu seinen Ausführungen über die gegenwärtige monetäre Situation in Westdeutschland:

Herr Dr. Muthling sieht die Gefahren für die westdeutsche Währung in folgenden Einflüssen: 1. in den ungedeckten Etats der Gebietskörperschaften; 2. im dem Bund bei der Bank deutscher Länder zur Verfügung stehenden Kreditplafond; 3. in dem inflationistischen Einfluß der durch Ausfuhrüberschüsse hervorgerufenen Devisenankäufe; 4. in der formal nur kurzfristigen Bindung hoher Spareinlagenbeträge.

Zunächst ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß sich Geldvolumen und Güterangebot in Westdeutschland durchaus im Gleichklang entwickelten. Scheidet man aus dem Geldvolumen die öffentlichen Einlagen aus, so zeigt sich sogar, daß die Liquidität der Wirtschaft sich gegenüber dem 1. Halbjahr 1950 angespannt hat. In den einzelnen Punkten ist Herrn Dr. Muthling folgendes entgegenzuhalten: Rechnerisch mögen der Bundeshaushalt und die Etats der übrigen Gebietskörperschaften durch-

aus unausgeglichen sein. Für die Stabilität der Währung sind jedoch keinesfalls rechnerische Haushaltsdefizite interessant, von Einfluß hierauf ist lediglich, in welchem Umfang die öffentlichen Stellen auf Bankkredit zurückgreifen. Bekanntlich kann ja nur die Verschuldung bei Banken, nicht aber von Nichtbanken untereinander zur Entstehung von Geld führen. Ein Blick in die Bilanzstatistik der Geschäftsbanken (veröffentlicht im Statistischen Teil der Monatsberichte der Bank deutscher Länder) wird Herrn Dr. Muthling zeigen, daß die öffentlich-rechtlichen Körperschaften keineswegs übermäßig Bankkredite aufgenommen haben. Dies gilt insbesondere für ihre kurzfristige Verschuldung. Inflationistische Einflüsse von der öffentlichen Kassenpolitik in einer Zeit zu erwarten, in der die öffentlichen Stellen wegen des Überschusses des von ihnen bei Banken gebildeten Geldkapitals allgemein heftiger Kritik unterliegen, ist paradox. Aber auch dann, wenn die öffentlichen Stellen nicht beträchtliche Einlagenbeträge stillelegen, die Umlaufgeschwindigkeit der von ihnen bei Banken gehaltenen Gelder also steigt, ist von hier aus mit unerfreulichen Einwirkungen nicht zu rechnen. Ein Kreditplafond bei der Bank deutscher Länder, mag seine Höhe 1,5 oder 2,5 Md. DM betragen, ist wohl ebenfalls kaum angreifbar. Die Zahlen scheinen zwar auf den ersten Blick hoch, man muß bei ihrer Wertung jedoch bedenken, daß der Bund bei der Größe der ihm obliegenden Aufgaben ausreichende Kreditmittel zur Verfügung haben muß. Auch jedem anderen Wirtschaftsunternehmen steht ja eine seiner Größe und Bonität entsprechende Kreditlinie bei seiner Hausbank zur Verfügung. Werden vom Bund und den anderen Gebietskörperschaften fühlbare Senkungen der Steuern, wie etwa in der „großen Steuerreform“ erwartet, so muß man ihnen wohl notwendigerweise einen entsprechenden Manövrierrfonds an tatsächlicher oder potentieller Liquidität zugestehen.

Die Devisenankäufe der Bank deutscher Länder und der Außenhandelsbanken, verursacht durch die Überschüsse der westdeutschen Devisenbilanz, sind zwar ein expansiver Einfluß auf die westdeutsche Geldversorgung. Man kommt jedoch hier nur zu einer richtigen Wertung, wenn man sich die folgenden Tatsachen vor Augen hält:

a) In Höhe der (gegenwärtig beträchtlichen) Devisenbestände kann die westdeutsche Wirtschaft ohne Verschuldung beim Ausland mehr einführen als exportieren. Dies wäre zweifellos ein deflationistisch wirkender Vorgang. Die finanzielle Stabilität wäre durch eine solche Maßnahme sehr leicht aufrechtzuerhalten bzw. wären inflationistische Vorgänge zu kompensieren.

b) Zwar sind die Devisenankäufe gestiegen, dafür ist aber die Nachfrage der Privatwirtschaft nach kurzfristigem Bankkredit abge-

sunken. Innerhalb der expansiv auf das Geldvolumen einwirkenden Einflüsse ist also nur eine Schwerpunktsverlagerung vollzogen worden.

c) Die in ihrer Höhe nicht beängstigende Geldentstehung wird weitgehend durch Sparvorgänge, die zur Sterilisierung von Geld führen, kompensiert. Sofern in den letzten Jahren das Geldvolumen gestiegen ist, entspricht dies dem Mehr an angebotenen Gütern.

Daß trotzdem die gegenwärtige Form der westdeutschen Kapitalausfuhr zum Teil mit Recht kritisiert wird, da sie keine echte Kapitalausfuhr im klassischen Sinne ist, steht auf einem im Zusammenhang mit diesem Problem nicht interessierenden Blatt.

Nun zu den Spareinlagen. Sie sind, trotzdem sich die Spartätigkeit zum Kontensparen verlagert hat, ganz einfach wegen der Kürze der seit der Währungsreform zur Verfügung stehenden Zeitspanne im Verhältnis zum Geldvolumen noch nicht sehr hoch. Zudem sind sie echtes langfristiges Geldkapital, auch wenn sie formal nur kurzfristig gebunden sind. Folgende Tatsachen zur Erhärtung dieser Behauptung: Obwohl während des Koreabooms sich weitere Kreise der Bevölkerung Unruhe bemächtigte, sind die Spareinlagen damals nicht gesunken. Von ihnen wurde also trotz erheblicher Preissteigerungen keine zusätzliche Nachfrage hervorgerufen.

Die Umschlagshäufigkeit der Spareinlagen liegt außerordentlich niedrig. Eine typische Spareinlage schlägt sich in etwa 20 Monaten einmal um. Sichtdepositen schlagen sich dagegen durchschnittlich im selben Zeitraum etwa siebzehnmal um.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß, bedingt durch hohe Sparneigung, Devisenankäufe und Kreditinanspruchnahmen, die finanzielle Stabilität Westdeutschlands sich gesund entwickelt hat. Diese aus der Geld- und Kreditstatistik gewonnenen Aussagen werden durch den Preisverlauf bestätigt. Herrn Dr. Müthling waren diese von allen namhaften Wirtschaftsbeobachtern, den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten und der Bank deutscher Länder immer wieder dargestellten Tatsachen bekannt. Seine nur mangelhaft fundierten, aus Inflationsangst geborenen Aussagen sind deshalb abzulehnen, da sie bei der latent in jeder modernen Geldwirtschaft vorhandenen Inflationsgefahr geeignet sind, tatsächlich inflationistische Tendenzen hervorzurufen. Würde von dem hierfür verantwortlichen Gremium tatsächlich eine inflationistische Politik betrieben, so wäre Herrn Dr. Müthling voll zuzustimmen, daß die Gewerkschaften in einem solchen Zeitpunkt mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen derartige Maßnahmen anzukämpfen haben.

Dr. Gerhard Multerer

Keynes und die monetäre Konjunkturpolitik

In *Dr. Müthlings* Betrag über die Inflationsgefahren der deutschen Wirtschaftspolitik im Märzheft finden sich Beschreibungen und Wertungen der Keynes'schen Geldtheorie, die ebenso irrig sind wie die Angaben über das Schicksal seiner Lehre. Alles zusammen weist deutlich darauf hin, daß der Verfasser den Mann und sein Werk nur aus dritter Hand kennt. *Keynes* hat gegen die orthodoxen Finanztheoretiker, die für die katastrophale Wirtschaftspolitik der zwanziger Jahre verantwortlich zu machen sind, weil sie mit den Mitteln der deflationistischen Geldpolitik die kommende Krise nur noch vergrößerten, statt sie einzudämmen, vergeblich protestiert. Nicht *Keynes'* „Heilslehre“ erlitt damals Schiffbruch, sondern die des Wirtschaftsliberalismus orthodoxer Prägung. Gegen diese Theorie wie auch gegen die verhängnisvolle „Freie Marktwirtschaft“ hat *Keynes* schon in den Jahren vor der Krise gekämpft und z. B. 1926 bei einem Vortrag in der Aula der Berliner Universität den erstaunten Professoren und Bankiers mitten in der Hochkonjunktur das „Ende des Laissez-Faire“ angekündigt. Seine „Heilslehre“ — vertieft durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1929/32 — hat er 1936 in seinem Standardwerk niedergelegt, das auch in deutscher Übersetzung erschienen ist: „Allgemeine Theorie von der Beschäftigung, von den Zinsen und vom Geld.“

Dr. Müthling wird erstaunt sein, zu hören, daß diese abgewirtschaftete Lehre das finanzpolitische Werkzeug ist, mit dem die Labourregierung die Vollbeschäftigung durchführte und die konservative Regierung sie durchhalten konnte. Sie als eine primitive Methode hinzustellen, derzufolge einfach en masse Geld gedruckt wird, „damit eine ehrgeizige Regierung die Notenpresse für ihre eigenen Zwecke ausnutzen kann“ (Müthling), ist eine maßlose Polemik. Müthling zitiert den „Volkswirt“ und schreibt dabei: „Sogar der Volkswirt führt an, wohin diese (Keynes'sche) Praxis führen kann.“ Warum „sogar“? Das Gegenteil wäre erstaunlich gewesen. Denn die Repräsentanten des deutschen, an *Röpke* geschulten Neoliberalismus sind doch selbstverständlich die Gegner *Keynes*; sie vertreten das, was man in England den alten orthodoxen Wirtschaftsliberalismus nennt. Der grundlegende Theoretiker des englischen Neoliberalismus aber ist John Maynard *Keynes*. (Er war in seiner letzten Lebenszeit — nachdem er Lord geworden war — Mitglied der liberalen Fraktion im Oberhaus.)

Die Ausgangsposition dieses Neoliberalismus ist folgende: Da die Freie Marktwirtschaft immer wieder zu Krisen und Arbeitslosigkeit führt, da es ohne nationale — und im Grunde auch internationale — Planung und Lenkung

nicht geht, kann nur dann in weiten Bezirken der Industrie und des Handels ein Höchstmaß von Liberalismus erhalten werden, wenn die verantwortliche Wirtschaftsführung — also die Regierung mit Hilfe der Wirtschaftsministerien und der Staatsbank — die Lenkungshebel in der Hand hat, um die Produktion anzufeuern und die wirtschaftliche Aktivität durch eine entsprechende Finanzpolitik und Investitionen der öffentlichen Hand in dem gewünschten Verhältnis auf die Wirtschaftsbezirke Binnenkonsum, Investition, Außenhandel zu verteilen.

Dem entspricht dann auch die Geldtheorie von Keynes, wenn er von „Cheap Money Policy“ spricht, also niedrige Zinssätze fordert oder staatliche Investitionen verlangt. Er will nicht die Notenpresse in Bewegung setzen, sondern mittels Kontrolle und Lenkung dafür sorgen, daß für jede Ausdehnung des Geldvolumens auch ein entsprechender Güterzuwachs entsteht. Es wird also keine Inflationspolitik betrieben, sondern diese gerade verhindert; ebenso wird die Deflation vermieden, die die Kaufkraft drosselt, deren Ausdehnung aber gerade nötig wäre, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Lebensstandard zu erhöhen. Dieser monetären Konjunkturpolitik, die auch heute noch die Politik des britischen Schatzamtes ist, hat man den nicht sehr schönen Namen „Desinflationspolitik“ gegeben. Keynes' Lehre ist kein Dogma; sie ist aus der praktischen Erfahrung entstanden und wird aus weiteren Erfahrungen, den Verhältnissen entsprechend, modifiziert werden. Das zeigt sich ja auch schon in der abweichenden sozialistischen Variante der Konzeption von Keynes. Ich habe wiederholt in diesen Blättern darauf hinweisen können, daß die britischen Gewerkschaften aus der Erfahrung der Labourregierung — bestätigt durch die privatwirtschaftliche Investitionspolitik der anschließenden Jahre — zu der Erkenntnis kamen, daß die Lenkung der Investitionen in volkswirtschaftlich notwendige Kanäle durch Kontrollen allein nicht erzwungen werden kann, sondern dazu ein breiter Sektor sozialisierter Wirtschaft notwendig ist.

Bernhard Reichenbach

„Sudetendeutsche Reaktion“

In der Aprilnummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ hat es Felix Stössinger mit 120 Halbzeilen fertiggebracht, die Gegenwertschicksale von über drei Millionen Grenzdeutschen so erschöpfend zu behandeln, daß er getrost zur Verkündung eines durchweg negativen Pauschalurteils schreiten konnte. Er klagt „die Sudetendeutschen“ schlechthin an, sie trügen als Volksteil „schwere Schuld ... an der politischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte“. Dieses Vergangene habe so furchtbare Folgen gehabt wie das Verbrechen von

„München“. (Gemeint ist das Münchener Viermächteabkommen vom September 1938; der Einsender.) „Es brachte dem deutschen Volk unermessliches Unheil“, stellt Stössinger fest, und er fügt hinzu: „Ganz gewiß hätten selbst Hitler und Ribbentrop 1939 der britischen Warnung Gehör geschenkt, wenn die scheinbare oder wirkliche Nachgiebigkeit Chamberlains, die Hitler das Danaergeschenk von München vergönnte, in den Tagen vor dem Überfall auf Polen nicht in Berlin die trügerische Erwartung auf einen neuen ‚Umfall‘ Englands vor dem *Fait accompli* hinterlassen hätte.“

Hier wird eine rein subjektive Auffassung über einen möglichen Geschichtsverlauf unter der Marke „ganz gewiß“ als Zweckbehauptung eingeflochten, obwohl die Planmäßigkeit von Hitlers Kriegsabsichten hundertfach dokumentarisch belegt ist. Nach dieser Geschichtsdarstellung wäre uns ohne die Kollektivschuld der Sudetendeutschen wohl ein zweiter Weltkrieg erspart geblieben, und Hitler hätte seine Kanzlertage friedlich auf dem Berghof beschließen können, wäre er nicht durch seine guten Erfahrungen mit dem Münchener Abkommen zu dem Angriff auf Polen verführt worden. Stössinger verwechselt dabei Ursache und Wirkung. Woher kam denn primär das „unermessliche Unheil“ des deutschen Volkes? Kam es von der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 oder von den Auswirkungen dieser Machtergreifung in den Jahren 1938 und 1939? Oder ist etwa durch die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 der Kampf gegen den Nationalsozialismus in Danzig, im Saargebiet, in Oberschlesien und im Sudetenland erleichtert worden? Will man durch eine solche Geschichtsklitterung die Rechtskreise exkulpierten, die in der Weimarer Republik Hitler zur Macht verholfen haben? Als Erlebniszeuge dieser Entwicklung darf ich mir vielleicht dazu die Feststellung erlauben, daß es einfach unfair ist, solche geschichtliche Schuldfragen von den Zentralpunkten der Entscheidung auf die Peripherie hin verschieben zu wollen. Stössinger tut aber noch mehr. In einer für gewerkschaftliche Leser bestimmten Darstellung schweigt er die Existenz der sudetendeutschen Arbeiterbewegung und ihren Anteil am europäischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus einfach tot.

Es ist nicht meine Absicht, die Geschichtsauffassung von Felix Stössinger zu korrigieren. Einige hunderttausend sudetendeutsche Arbeiter und Angestellte, die in den Betrieben der Bundesrepublik schaffen, haben aber gewiß ein Interesse daran, daß sie vor ihren einheimischen Gewerkschaftskollegen nicht mit dem Stigma einer historischen Kollektivschuld versehen werden. Aus dieser Erwägung heraus scheinen mir die folgenden Richtigstellungen bitter notwendig zu sein:

1. Stössinger verrät seine sachliche Unkenntnis, und er tut auch dem Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, *Dr. von Lodgman*, den Gefallen eines unfundierten Angriffes, wenn er behauptet: „In Wahrheit führte Lodgmans Politik direkt zu Henlein.“ *Dr. Lodgman* war zwar 1918 Landeshauptmann der autonomen Landesregierung Deutschböhmens und Führer der dahinschmelzenden Deutschen Nationalpartei, hatte sich aber nach einer Wahlniederlage im Jahre 1926 bis 1945 aus der aktiven Politik zurückgezogen. In der Ablehnung einer zwangsweisen Eingliederung der Sudetendeutschen in einen tschechoslowakischen „Nationalstaat“ war aber mit ihm der sudetendeutsche Arbeiterführer *Josef Seliger* einig, der nach dem ersten Weltkrieg 43 vH der Wählerschaft hinter sich hatte und von 300 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten unterstützt wurde. Hinter dieser Politik standen auch die österreichischen Arbeiterführer *Dr. Renner*, *Dr. Bauer* und *Karl Seitz*, die unmittelbar nach dem Zerfall Österreich-Ungarns den Völkern des Donauraums ein neues föderatives Zusammenleben anboten und dann bei den Friedensverhandlungen in St. Germain den Sudetendeutschen wenigstens eine Autonomie im tschechischen Staatsverband sichern wollten.

2. Stössinger spricht zwar *Masaryk* und *Benesch* von dem Verdacht der Zerstörung Österreichs frei, aber er vermeidet jede Erwähnung des Anteils des tschechischen Chauvinismus an der inneren Schwächung der CSR vor dem Ansturm Hitlers. Er könnte darüber im *Seliger-Archiv* in Stuttgart nachlesen, was der in der internationalen Gewerkschaftswelt wohlbekannte Bergarbeiterführer *Adolf Pohl* auf einem Kongreß in Prag seinen tschechischen Kollegen vorgerechnet hat: systematische Verdrängung deutscher Postler, Eisenbahner und Staatsbediensteter, ja sogar deutscher Bergarbeiter aus den Staatszechen, einseitige Lenkung von Staatsaufträgen zugunsten des tschechischen Sprachgebietes usw. Die Folge war, daß sich im sudetendeutschen Grenzland eine gefährlich überhöhte Arbeitslosigkeit stabilisierte, während nach 1933 im Dritten Reich Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Scheinblüte herrschten. Immerhin war zur Zeit des Machtantrittes Hitlers die sudetendeutsche Sozialdemokratie die weitaus stärkste Partei (mit 21 Abgeordneten im Prager Parlament gegen 7 Nationalsozialisten), und 80 vH der Sudetendeutschen standen im Lager der gemäßigten Parteien (Sozialdemokraten, Christlichsoziale, Landbündler), welche, in verschiedenen Prager Regierungen — wenn auch ohne genügenden Einfluß — mitarbeiteten. Der Reichenberger Gewerkschaftsbund konnte sich zu jener Zeit mit einer Viertelmillion Mitglieder noch immer mit der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung messen (bei 3,2 Millionen Sudeten-

deutschen gegenüber 4 Millionen Eidgenossen). Erst bei den Erdrutschwahlen im Mai 1935 konnte Henlein 60 vH der sudetendeutschen Stimmen erreichen, wenn man den Stimmenanteil der Sudeten-Kommunisten neben den 33 vH der demokratischen Parteien in Rechnung stellt. Dem Mehrheitserfolg Henleins gingen aber voraus: die Abwürgung der demokratischen Parteien Danzigs vor den Augen eines Völkerbundkommissars, das Plebiszit im Saargebiet mit 90 vH Stimmen für die Rückgliederung und der Sieg des österreichischen Ständefaschismus im Februar 1934. Warum werden die Steine bloß gegen die Sudetendeutschen geworfen, die nach 1933 zwischen den Lockungen des deutschen Nationalsozialismus und dem Druck des tschechischen Staatsnationalismus eingekeilt waren? Sie hatten neben den Danzigern im ganzen deutschen Sprachgebiet am längsten eine demokratische Mehrheit!

3. Stössinger zitiert eine Salzburger Zeitschrift, „*Die österreichische Nation*“, zum Beweis für die „verhängnisvolle Rolle der Sudetendeutschen“, vom alten Österreich angefangen. Woher kommt das moralische Gewicht dieser Quelle? — Nach den Maiwahlen 1935 waren die demokratischen Parteien der Sudetendeutschen wieder im Gegenangriff um die verlorene Mehrheitsposition. Ein Abkommen mit den tschechischen Regierungsparteien über die Beseitigung offenkundiger Diskriminierungen der Sudetendeutschen (das Februarabkommen 1937), welches dafür als Plattform dienen sollte, wurde von tschechischer Seite sabotiert. Dann kam jener „schwarze Freitag“ im März 1938, da der österreichische Ständestaat ohne einen Flintenschuß kapitulierte, während sich die demokratischen Großmächte in ein beredtes Schweigen hüllten. In dem Orkan des Jubels, der den Einzug Hitlers in Linz und Wien, in Braunau und Graz begleitete, brach die demokratische Widerstandsfront der Sudetendeutschen zusammen. Die Parteien der Landbündler und Christlichsozialen kapitulierten. Wo waren da wieder Ursache und Wirkung? Die „*Österreichische Nation*“ hätte wahrlich viel vor der eigenen Tür zu kehren,

4. Aber die von Stössinger totgeschwiegene sudetendeutsche Arbeiterbewegung kämpfte auch nach dem Fall Österreichs weiter. Sie wurde bald darauf aus der Prager Regierung verdrängt, damit freie Bahn für Verhandlungen mit der Partei Henleins geschaffen wurde. Der Rechtsflügel der tschechischen Agrarpartei paktierte bereits mit ihr, London und Paris rieten immer dringender zu einem Kompromiß, das auf jeden Fall die Preisgabe der demokratisch-sozialistischen Widerstandskräfte im Sudetenland bedeuten mußte. Doch am 1. Mai 1938 marschierten in Karlsbad noch immer 20 000 kampfbereite Sozialdemokraten auf, weitere Zehntausende in Falkenau, Komotau, Tep-

litz, Aussig, Bodenbach, Trautenau bis Sternberg und Troppau an der schlesischen Grenze. Wenige Wochen später fanden — gleichzeitig mit einer *Teilmobilisierung* — noch „*Gemeinde-Wahlen*“ statt, bei denen die Partei Henleins in einer Atmosphäre von Kriegspsychose und Terrorangst jene vielzitierten 90 vH Stimmen erhielt, die seither den Sudetendeutschen als Maßstab ihrer „Normalgesinnung“ vorgehalten werden. Daß, inmitten dieser Todeszuckungen des europäischen Friedens, im Angesicht der beiderseits aufgefahrenen Kanonenschlünde noch gut drei Dutzend sudetendeutscher Industriegemeinden sozialdemokratische Mehrheiten wählten, bot noch einmal der zurückweichenden Weltdemokratie ein Beispiel aufrechter Widerstandsgesinnung. Unbezungen blieb das Erzgebirgsstädtchen *Roithau*, dessen Metallarbeiter nach einer Betriebsstillegung schon zehn Jahre arbeitslos waren, unbezungen blieb *Aussergefeld* im Böhmerwald, dessen Papierarbeiter ebenfalls ein Jahrzehnt stempeln gingen, unbezungen blieb das mährisch-schlesische Webersstädtchen *Wigstadt* — alles Kleinodchen der einstmaligen gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung. Eine damals in Brüssel tagende Konferenz der Zweiten Internationale sprach auf Antrag des Engländers *Hugh Dalton* dem Widerstandsgeist sudetendeutscher Arbeiter ihre Bewunderung aus, aber solche Tatsachen werden von den Pauschalkritikern der Sudetendeutschen wenig vornehm ignoriert. Nach der Angliederung wanderten 20 000 unbeugsame Hitlergegner in die Kerker und Konzentrationslager des Dritten Reiches. Ihrer 8000 sind dort jahrelang festgehalten oder ermordet worden. Nach einer Veröffentlichung Wiener Zeitungen haben insgesamt 7000 Österreicher gleiches Konzentrationslagerschicksal erlitten. Eine beachtliche Proportion! Eine halbe Million sudetendeutscher Sozialdemokraten und Freigewerkschafter hatte ebensoviel, wenn nicht mehr Widerstandsoffer darzubringen wie 6,5 Millionen Österreicher, denen niemand Mangel an Widerstandsgesinnung nachsagt. Wer solche Fakten verschweigt, der kann leicht eine sudetendeutsche „Kollektivschuld“ beweisen.

Felix Stössinger hat als „Aufhänger“ für seine Gesamtverurteilung der Sudetendeutschen eine Pressediskussion über die völkerrechtliche Gültigkeit oder Ungültigkeit des Münchner Abkommens benützt und einen Artikel Dr. Lodgmans in der Zeitschrift „Außenpolitik“ über Neuordnungsprobleme im Donauraum. Darauf näher einzugehen würde den Rahmen dieser Klarstellung sprengen. Es ist bekannt, daß ich außerhalb des Verdachtes stehe, mit Dr. Lodgman zu sympathisieren oder mich um seine Sympathien zu bewerben. Vielleicht kann ich deshalb abschließend zu diesem Thema sagen: Die Frage, ob die Massenaustreibungen eine völkerrechtliche Basis hatten, interessiert heute die Ausgetriebenen ohne Unterschied der

Parteirichtung. Daß das Potsdamer Abkommen keine ausreichende Rechtsgrundlage für die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen darstellte, das wird in Westdeutschland höchstens von einem Häuflein Kommunisten bestritten. Ebensowenig kann die „Kontinuitätstheorie“ von *Dr. Benesch* als Rechtsgrundlage für die Austreibung der Sudetendeutschen anerkannt werden. Benesch hat mit der These, daß Verfassung und Gebietshoheit der ersten CSR unbeschadet des Münchner Abkommens unversehrt geblieben sind, wohl das *Siedlungsgebiet* der Sudetendeutschen reklamiert, aber dessen *Bevölkerung* als *reichsdeutsche Staatsbürger* behandelt und als solche ausgewiesen. Unabhängig von dem juristischen Streit, welcher Rechtstitel wann und wo zu gelten aufgehört hat, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Sudetendeutschen den gleichen *naturrechtlichen Anspruch* auf ihre friedlich erworbene Heimat besitzen wie die Schlesier, Pommern und Ostpreußen. In welchen staatsrechtlichen Formen sich einmal eine Heimkehr der Sudetendeutschen vollziehen soll, ist zur Zeit eine reichlich akademische Frage. Wer sich mit dem heutigen Zustand nicht abfinden will und wer auf eine friedliche Überwindung der Teilung Europas hofft, wird mehr oder weniger aktuelle Erwägungen über eine künftige ideale Organisationsform Gesamteuropas anstellen. Man möge nicht gleich die Blitze klein-europäischen Zornes gegen jeden schleudern, der dabei auch den Donauraum erwähnt. Er mag dabei genau so recht oder unrecht haben wie Stössinger, der da meint, „daß nur Deutschland-Frankreich zusammen Europa bilden können“.

Wenzel Jaksch, MdB

(Letztgewählter Vorsitzender der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSR)

Felix Stössinger hat sicherlich recht, wenn er in seinem Beitrag über die „Sudetendeutsche Reaktion“ im Zeitschriften-Spiegel der April-Nummer erklärt, daß es von *Rudolf v. Lodgman* nicht besonders geschickt ist, sich bei der Forderung der Sudetendeutschen nach ihrem Recht auf Heimat so sehr auf „München“ zu berufen und den Tschechen Annexion bzw. Besetzung im Sinne der Haager Landkriegsordnung vorzuwerfen, wenn sie 1945 mit russischer Hilfe die Regierungsgewalt über das Sudetenland übernehmen. Es ist — und auch da muß ihm zugestimmt werden — eine erfreuliche Tatsache, daß Exiltschechen und vertriebene Sudetendeutsche sich annähern und das Vergangene vergangen sein lassen. Stössingers Gesamtbetrachtung des sudetendeutschen Problems ist aber durch und durch abwegig.

Er spricht von einer schweren Schuld des sudetendeutschen Volksteils an der politischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und vergißt dabei vollkommen — abgesehen von dem

Unsinn einer Kollektivschuld, die er hier 3½ Millionen aufbürden will —, daß die Sudetendeutschen doch immer mehr Spielball als Selbstgestalter ihres Schicksals waren. Nachdem sie fünf und noch mehr Jahrhunderte in Böhmen ansässig waren und ihr Deutschtum vor allem in kultureller Hinsicht bewahrt hatten, wurden sie 1919 bei der Zerschlagung der Donaumonarchie, über deren unglückliche Minderheitenpolitik ich wiederum mit Stössinger weitgehend einig bin, mit Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainern in einem Staatsgebilde zusammengefaßt, das unter der eindeutigen Vorherrschaft der Tschechen stand. Obwohl 1918 die „Neuordnung Europas“ unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ stand, wurden die sudetendeutschen Forderungen nach Selbstbestimmung in St. Germain abgelehnt. Daß die tschechische Minderheitenpolitik zumindest nicht weniger ungeschickt war als die der Donaumonarchie, geben selbst Autoren zu, die nicht in dem Verdacht stehen, sudetendeutsche Nationalisten oder Reaktionäre zu sein.¹⁾

Die Forderung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakischen Republik richtete sich immer wieder auf echte — vor allem kulturelle — Autonomie, und niemand war mehr enttäuscht als alle einsichtigen und toleranten Sudetendeutschen, als das Ergebnis ihrer Forderungen der Anschluß an das Reich und ihre sogenannte Befreiung war. Wenn das „Verbrechen von München“ so viel unermeßliches Unheil über das deutsche Volk brachte, so kann die Schuld dafür doch nicht allein den Sudetendeutschen in die Schuhe geschoben werden, die übrigens auch hier wiederum erst befragt wurden, nachdem durch „München“ vollendete Tatsachen geschaffen worden waren. An München hatten die Westmächte, die Hitler den Weg ebneten, und die Tschechen, die durch ihre Schikanen den „Hauptschlager der Hitlerschen Propaganda“²⁾ lieferten, ebensoviel Schuld wie die Sudetendeutschen.

Ob der Begriff Mitteleuropa so abgestorben ist, wie es Stössinger wünscht, wage ich zu bezweifeln; immerhin haben Böhmen und der Donauroum in den vergangenen Jahrhunderten einen nicht unwesentlichen Anteil an der geistigen und kulturellen Entwicklung Deutschlands und Gesamteuropas gehabt. Dieses Mitteleuropa hat nur wenig mit dem politischen Schlagwort „Mitteleuropa“ zu tun, das einst von *Friedrich List* geprägt wurde, der vor allem eine wirtschaftliche Einigung Mitteleuropas nach dem Vorbild des deutschen Zollvereins im Auge hatte, und das 1915 von *Nauermann* in seinem „Mitteleuropa als weltpolitisches Programm“ wieder aufgenommen wurde. Mitteleuropa wird erst dann „sinnentleert“,

wenn „man“ mit Stössinger zu wissen glaubt, daß *nur* Deutschland und Frankreich zusammen Europa bilden können. Der Traum vom Karolingerreich Deutschland—Frankreich ist eine ebenso „gespenstische Geschichtsfremdheit“ wie die Illusion von der Wiederherstellung der Donaumonarchie Österreich—Ungarn. Die Methoden der französischen Kolonialpolitik in Nordafrika und Indochina und die französische Haltung in vielen europäischen Fragen lassen in bezug auf die Europawilligkeit und -fähigkeit der Franzosen starke Zweifel aufkommen.

Ich weiß nicht, wer dem Kreml mehr Material liefert: Lodgrman mit seinen angeblichen Anschlußneigungen, die in Wahrheit nur das Recht der Vertriebenen auf ihre Heimat betonen sollen, oder Stössinger, der anscheinend schon ganz Ost- und Mitteleuropa abgeschrieben hat und „sein Europa“ erst diesseits des Eisernen Vorhangs beginnen lassen will. Diese Geisteshaltung hieße auch die Trennung Deutschlands zu dokumentieren. Wenn Stössinger glaubt, ohne die Forderung der Sudetendeutschen würde den Russen der Vorwand zur Besetzung Österreichs genommen, so zeugt dies von einer bedauernswerten Weltfremdheit. Österreich ist als strategische Position für die russische Balkanpolitik so entscheidend, daß die Russen um Vorwände nie verlegen sein werden, es besetzt zu halten.

Man sollte endlich einsehen, daß die Liebe zur Heimat und die Heimattreue, auf denen die Forderungen nach dem Recht auf Heimat basieren, ebenso als Fakten der Meinungsbildung zu werten sind wie das Solidaritätsbewußtsein und das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerschaft, das sich in den Mitbestimmungsforderungen äußert. Ansonsten läuft man Gefahr, im luftleeren Raum zu operieren.

Othmar Viererbl

Zur Frage der Universitätsreform

Die Schulreform kann nicht als ein Werk für sich betrachtet werden, sie gehört in den größeren Rahmen der Kulturreform. In der Kulturreform werden sich die größeren Ideen auswirken müssen, die die fortschrittlichen europäischen Menschen seit Jahrhunderten verfolgen. Es ist die Befreiung des Menschen von den Fesseln, die seine Bildung einer allseitig harmonischen Persönlichkeit hindern. Es ist nur zu natürlich, daß jeder geglückte Vorstoß immer wieder die Hoffnung erweckt, daß mit ihm die Freiheit der Persönlichkeit nun zur Wirklichkeit wird. Wieder wollen wir uns von Fesseln befreien. Aber es ist nicht damit getan, daß wir die Schule verstaatlichen, daß wir sie so demokratisieren, daß ihr Besuch kein Privileg ist. Wir tun vieles, wenn wir die Bildung eines ganzen Volkes durch seine Schule — vor allem seine Grundschule — umfassender, breiter und

1) Vgl. Peter Drucker „Gesellschaft am Fließband“, Frankfurt 1950, S. 379 2) Peter Drucker a.a.O. S. 379

tiefer gestalten. Wenn jetzt die Zehnklassenschule als Grundschule neben der Oberschule gefordert wird, so geschieht damit etwas, was schon 1945 als das Ziel der Schulreform erörtert wurde. Aber immer noch bleibt dem Kreis der Reformen ein Gebiet unzugänglich, das ihm doch erschlossen werden muß.

Das ist die Hochschule in allen ihren Formen. Ihre Reform wird die Schulreform in das größere Gebiet der Kulturreform einbeziehen. Man kann nicht mehr an dem Tatbestand vorbeigehen: Die Hochschule ist nicht mehr das und leistet nicht mehr das, was sie ursprünglich wollte und sollte. Das soll keineswegs ein Vorwurf sein, weder gegen die ursprüngliche Bestimmung noch gegen die Entwicklung. Es handelt sich darum, zunächst den jetzigen Tatbestand festzustellen. Schon diese Aufgabe ist — abgesehen von ihrer Umfänglichkeit — der erste Schritt zur Frage und Antwort der weiteren Entwicklung. Wir werden Erkenntnisse gewinnen, die wir ausweiten müssen. Wir werden daraus die Frage nach dem Ziel der Hochschule nicht nur neu stellen, sondern auch schon die Lösung in Umrissen erkennen können.

Wer die Lebensgeschichte eines *Johannes Winkelmann* studiert hat, der weiß, wie mühsam und unfruchtbar das Studieren an den deutschen Universitäten jener Zeit des 18. Jahrhunderts gewesen ist. Es bot einem wissenschaftlichen Menschen, wie es Winkelmann von Natur aus war, kaum das Rüstzeug für wissenschaftliche Erkenntnis und Forschung. Die wenigen wirklichen Gelehrten seufzten ebenso unter dem schultechnischen Wust wie die Studenten, die wirklich studieren wollten. Es war deshalb eine Tat von befreiender Wirkung und Erhebung, als die Universität den Geist *Wilhelm v. Humboldts* aufnahm. Die Kraft dieser Befreiung reichte in ihren letzten Wirkungen bis in das 20. Jahrhundert hinein. Der „Betrieb“ verdrängte aber immer erfolgreicher die Tätigkeit der Wissenschaft. Der erfrischte Geist, schöpfend aus den Ideen der französischen Revolution, wurde müde und verbraucht. Eine neue Zeit muß hier erneut einen Humanismus lebendig werden lassen, der allein die „Universität“ tragen kann.

Wir wissen, daß die Hochschule ihren Schülern nicht mehr das gegeben hat, was ihre Aufgabe war. Die Ausbildung einer allseitig harmonisch sich entwickelnden Persönlichkeit ist der Universität nicht mehr gelungen. Es bedarf darüber keiner langen Ausführungen. Es genügt, auf die Tatsache zu verweisen, daß die Universität weder ihre Schüler noch ihre Lehrer vor dem Wahnsinn des Faschismus bewahrt hat. Es genügt, auf die weitere Tatsache hinzuweisen, daß aus einer Hochschule — der Universität — viele Hochschulen mit verschiedensten Zielen geworden sind. Technische Hochschulen, Kunsthochschulen, Handelshochschulen

usw. stehen mehr oder weniger gleichberechtigt neben der Universität. In dem Wort „gleichberechtigt“ liegt dabei ein zweifacher Sinn: Gleichberechtigung der Schulen in ihren idealen Zielen auf das Wesen der erziehenden Menschen und Gleichberechtigung für die fachlichen Ergebnisse ihrer schulischen Arbeit. Gerade das Letztgenannte zeigt den Weg der Entwicklung der Universität, einer Entwicklung, die immer weiter vom Ziel weggeführt hat. Die Hochschulen waren für ihre Schüler in fast vollständiger Ausschließlichkeit zu Berechtigungsanstalten geworden. Wir wollen das hier nicht kritisch auf seinen Wert untersuchen. Es ist eine Tatsache — mag sie uns gefallen oder nicht —, die wir anerkennen müssen. Wir sollten die Folgerung ziehen, daß wir für jede berufliche Vorbildung, die ein Hochschulstudium fordert, fachliche Hochschulen schaffen — nicht aber Universitäten.

Dieser Schritt kann keinen Schlußstrich unter das Kapitel Universität bedeuten. Im Gegenteil, es soll damit die Universität sich selbst zurückgegeben werden. Sie wird grundsätzlich vom reinen Schulbetrieb befreit werden müssen. Studieren ist eine Aufgabe, die nicht nur die Schüler — also hier die Studenten — zu erfüllen haben, sondern der mit noch größerem Eifer die Lehrer — die Professoren — obliegen sollen. Gewiß muß in jedem Beruf jeder weiter lernen, hinzulernen, alle Erfahrungen und Kenntnisse fortschrittlich verwerten. Für den Universitätslehrer ist das wissenschaftliche Forschen, Entwickeln und Fortschreiten sein eigentlicher und eigenartiger Beruf. Er kann ihn nicht ausfüllen, wenn er nichts als Lehrer ist. Er kann ihn auch nicht ausfüllen, wenn er nicht Lehrer ist. Er braucht für seine Arbeit und seine Aufgabe die ständige Aussprache mit gleichstrebenden Menschen, denen er seine Gedanken und Forschungen lehrhaft entwickelt. Gerade für diese Seite des Problems glauben wir das besondere Interesse des wahren Wissenschaftlers zu haben. Die Schule — von der Einheitsschule bis zur Fachhochschule — ist eine Einrichtung für die Schüler. Die Universität ist eine Institution der Wissenschaft. Sie heißt deshalb „universitas litterarum“. Sie ist eine Gesamtheit und umfassende Einheit aller Wissenschaften und ihrer einzelnen Fakultäten.

Die Universität darf nicht mehr Berechtigungsanstalt sein. Wer sie besuchen darf und kann, der soll Wissenschaft wollen — nicht ein Fachwissen. Wer an ihr lehrt, soll forschend lernen und lehren. Ihre Dozenten sollen in erster Linie diesen Aufgaben sich widmen. Sie werden in höchst zulässigem Umfang auch an den Fachhochschulen lehren, das heißt Lehrer sein. Sie werden besonders bei ihrer Arbeit in Verbindung treten müssen mit dem Gesamtleben der Nation in Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit demokratischer Länder zeigt

uns, daß es die Demokratie war, die diese Verbindung schuf. Sie war es, die auch den Gelehrten aus dem Elfenbeinturm der Innerlichkeit erlöste und ihn in das ganze Volk stellte. Hier liegt der Grund, warum es so manchem Gelehrten demokratischer Länder gelang, sein Wissen, seine Forschung jedermann verständlich vorzutragen.

Die Erkenntnis, daß der Gelehrte der Universität nicht Lehrer ist, wird ergänzt dadurch, daß auch der Student nicht Schüler ist und sein soll. Gelehrter und Student treffen sich nicht auf der Ebene der Schule, und so kann ihre Gemeinschaft, die Universität, keine Schule — auch keine Hochschule — sein. Sie ist eine Institution eigener Art. Ebenso wie aber der Gelehrte der Universität an der Fachhochschule neben den dortigen Hochschullehrern unterrichten wird, so wird auch der Student mit den Fachhochschulern zusammensitzen und lernen. Seine eigentliche Aufgabe — von ihm selbst gesetzt und erkannt — ist die Ausbildung der Fähigkeit zu wissenschaftlicher Arbeit, zur Vorbereitung forschender Tätigkeit.

Es heißt nun, die Universität so zu organisieren, daß sie diese Aufgaben leisten kann. Wir können und wollen hier keine Einzelheiten geben. Das Problem ist aufgeworfen. Wir versuchen eine grundsätzliche Lösung zur Klärung zu bringen. Es ist die Befreiung des Menschen sein eigenes Werk und nur sein Werk. Niemand kann es für ihn tun. Aber die Geschichte der Befreiung zeigt die Notwendigkeit und das Gesetz der Entwicklung auf. Ohne die Erkenntnisse der Wissenschaft sind weder die Gesetze der Entwicklung noch ihr Gang erkennbar, nur so kann das Göttliche im Menschen zum Bewußtsein seiner selbst gelangen. N. N.

„Die Hochschule in der modernen Gesellschaft“

Als Ergänzung zu *Ulrich Lohmars* Artikel: „Die Hochschule in der modernen Gesellschaft“ wäre noch einiges zu bemerken. Vor allem, daß nicht nur die „volle Ausschöpfung aller geistigen Fähigkeiten“, sondern auch die gegenwärtige Situation der Studenten ein Studienhonorar verlangt.

Der Verband Deutscher Studentenwerke hat eine Sozialerhebung veranstaltet, aus der hervorgeht, daß die Studenten am wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik nicht teilgenommen haben. Ein Teil von ihnen leidet heute noch schwerer unter der finanziellen Not als vor zwei Jahren. Auch die Zahl der Werkstudenten ist weiter angewachsen. Nur 12 vH der Studenten haben das Existenzminimum zur Verfügung, fast 50 vH, das sind 10 vH mehr

als bei der ersten Umfrage vor zwei Jahren, müssen nicht nur in den Ferien, sondern auch während des Semesters arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Welche Folgen diese Zustände auf Studium und Leistungsniveau haben, kann man sich leicht ausmalen. Studium generale, politische Bildung, Anteilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben sind so lange illusorisch, wie der Student seine Zeit zwischen Geldverdienen und Examensvorbereitung teilen muß. Auch haben die elenden Bedingungen, unter denen heute in der Regel studiert wird, tiefgreifende Folgen auf die Mentalität der späteren Akademiker. Man kann schlecht Rückgrat und politische Festigkeit von einem Menschen verlangen, der schon während des Studiums die Verleugnung seiner selbst zum Prinzip machen mußte.

Die wirtschaftliche Not der Studenten hat in Deutschland Ausmaße angenommen, daß es scheint, als ob nur noch ein Studienhonorar wieder vernünftige Verhältnisse schaffen könnte.

In Frankreich hat die studentische Nationalunion UNEF vor einiger Zeit einen Vorschlag für ein Studienhonorar, das „présalaire“, vorgelegt, obwohl dort die Zustände noch nicht so katastrophal sind wie in Deutschland. In einem Interview hat sich der frühere Präsident der UNEF, *Jean Sarvonat*, mit den Argumenten der Gegner des Présalaire auseinandergesetzt. Ein Abschnitt daraus ist vielleicht als Beitrag zur Diskussion des Studienhonorars bei uns nicht ganz unwichtig:

„Es ist schon immer so gewesen, daß man Reformen für eine Gefahr oder einen Skandal hielt. Man hat erklärt, daß Présalaire bedeute eine Gefahr für die Freiheit der Studenten. Wenn der Staat den Studenten ein Gehalt gewähre, hätte er das Recht, sie je nach Bedarf auf bestimmte Studiengebiete hinzulenken. Wir können darauf erwidern, daß wir rechtliche Mittel vorgeschlagen haben, die jede Gefahr dieser Art abwenden. Die Universität ist durch das in Frankreich herrschende Verwaltungs- und Verfassungssystem weitgehend unabhängig. Die Verteilung der Gelder übernehmen von Studenten und Professoren gemeinsam verwaltete Kassen. Das wird eher die innere Harmonie der Universität fördern, als — wie behauptet wird — einen Gegensatz hervorrufen. Was tatsächlich einen Angriff auf die Freiheit der Studenten darstellt, ist die gegenwärtige Situation, die in unserer Gesellschaft einen gewissen Fatalismus hervorruft und die Orientierung der Jugendlichen beeinflußt, so daß es ihnen fast unmöglich ist, ihren Neigungen zu folgen. Ein Angriff auf die Freiheit ist ferner, daß aus Mangel an einem ausreichenden und großzügigen System viele Jugendliche nicht in Stellungen gelangen können, in denen sie ihre Fähigkeiten zum Wohl der Nation einsetzen können...“ *Hans Lasnick*

Familienpolitik und Übervölkerungsproblematik

Albert Müller behauptet in seinem Aufsatz „Der Familienhaushalt und die Gewerkschaften“ im Maiheft, daß an unserer Wirtschafts- und Sozialordnung eben nicht stimme, daß sie die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft von vornherein als in ausreichendem Maße gesichert annehme. Es ist erstaunlich, daß Schlagworte, wie unzureichende Reproduktion, Überalterung, Vergreisung, Kampf um Bestandserhaltung, ja, sogar die Behauptung „wir sind ein sterbendes Volk“ (*Dr. Wuermeling* in zahlreichen Versammlungen und Aufsätzen), von der Mehrzahl der Autoren kritiklos hingenommen werden. Besonders erstaunlich deshalb, weil sie vor gut zwanzig Jahren den Ausgangspunkt der expansiven nazistischen Bevölkerungspolitik bildeten, an deren Folgen wir alle, besonders unsere Jugendlichen, noch heute leiden.

Damals wie heute war man bestrebt, den „Willen zum Kinde“ zu fördern, beklagte und beklagt aber gleichzeitig den zu engen Lebensraum. Nun schiebt sich das „Volk ohne Raum“, dem die Lebensraumeroberungsversuche so schlecht bekommen sind, an, auszusterben! Ausgerechnet jetzt, wo es trotz der Millionenverluste des Krieges die ersehnte Siebzigmillionengrenze erreicht hat!

Heute sind macht(wehr)politische Argumente (noch) nicht gesellschaftsfähig. Also schiebt man die Sorge um die Familie und die Alten vor. Aber wer glaubt das? In Wahrheit spukt doch im Kopf vieler Zeitgenossen der Gedanke, daß eine nachhaltige Steigerung der Geburtenzahl notwendig ist, um genügend „Menschenmaterial“ für künftige Ereignisse zur Verfügung zu haben. Natürlich liegt mir fern, Müller als Exponent dieser Kreise anzusehen, aber er fördert doch unbewußt deren durchsichtige Geburtenpropaganda und möchte die Gewerkschaften veranlassen, gleichfalls aktive Familienpolitik zu betreiben. Glücklicherweise besteht aber heute die Freiheit der Diskussion, so daß auch gegenteilige Ansichten zu Worte kommen können.

Sozial- und bevölkerungspolitische Argumente nicht vermengen

Die Not der Familien ist nur Teil der allgemeinen Not jener Bevölkerungsschichten, die bislang nichts oder nur wenig vom deutschen Wirtschaftswunder profitiert haben. Die sogenannte Familienpolitik artet stets in Geburtenförderung aus, wie u. a. auch das Beispiel Frankreich beweist. Wir brauchen aber keine Stimulierung der Vermehrung, sondern genau das Gegenteil! Die beste Sozialpolitik, die gleichzeitig die wirksamste Hilfe für die Familien darstellt, führt über eine *Volibeschäfti-*

gungspolitik, deren wichtigste Ziele eine ständig wachsende Produktion und immer höhere Produktivität sind. *Wir Gewerkschafter wollen uns doch nicht durch Pfästerchen, wie z. B. auch die Kinderbeihilfe eins ist, von unseren elementaren Forderungen ablenken lassen!* Falls unser derzeitiges Wirtschaftssystem das nicht erreichen kann, ist es, fehl am Platze. Zudem ist die Einführung einer Kinderbeihilfe ab drittes Kind von 20 DM monatlich lächerlich. Sie ist neben den geplanten, unzureichenden Steuersenkungen für kleine Einkommen jetzt geradezu zu einem Ablenkungsmittel geworden, das die beabsichtigte Mietenerhöhung schmackhafter machen soll. Statt die Massenkaufkraft durch Abbau der Verbrauchssteuern (z. B. Zuckersteuer) und Abschaffung der Lohnsteuer bei Einkommen unter 500 DM monatlich spürbar zu heben und *damit* auch den Familien zu helfen, zieht man die Einführung der optisch wirksameren Kinderbeihilfen vor. Erscheint eine rasche Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards nicht möglich, so wird die Tatsache der absoluten Übervölkerung der Bundesrepublik zugegeben. In dieser Situation jedoch muß man fragen, wie man einen weiteren Bevölkerungszuwachs verhindern und nicht, wie man den Geburtenüberschuß erhöhen kann. Absurd ist, auf eine Rückwanderung von Millionen Ostvertriebener und die dadurch entstehende Bevölkerungsabnahme zu hoffen. Offenbar spukt in den Köpfen vieler Verfechter der expansiven Geburtenpolitik der Wiederbesiedelungsgedanke, und man läuft Gefahr, als Hochverräter bezeichnet zu werden, wenn man auf die Vagheit dieser Hoffnungen hinweist.

Auswanderung und Geburtenbeschränkung

Dagegen läuft man — wieder einmal — Sturm. Die Aufsätze, die sich gegen die Auswanderung wenden, nehmen an Zahl zu, nicht so sehr an Glaubwürdigkeit. Anscheinend steckt das Amt Blank dahinter. Einer vernünftigen Geburtenregelung das Wort zu reden, heißt im heutigen Deutschland, also im Bundesgebiet wie in der Sowjetzonenrepublik, sich entweder als „krasser Materialist“ oder „schlechter Deutscher“ abstempeln zu lassen (die vorgeblichen Kämpfer um ideelle Werte sind wie die „Patrioten“ oft Heuchler, wie ihr Lebensstil verrät). Meine Empfehlungen zur künftigen Besserstellung der Familien würden desungeachtet lauten:

1. *Später heiraten.* Nur so kann man sich das Geld für die Wohnung, meinetwegen auch für das gegenwärtig so stark propagierte Eigenheim sowie für die wichtigsten Einrichtungsgegenstände sparen; vielfach wird das der einzige Weg sein, eine gesunde und glückliche Ehe und Familie zu gründen.

2. *Kinder erst dann anschaffen, wenn die materiellen Voraussetzungen dafür vorhanden*

sind. Gerade die (oft natürlich ungewollte) zu frühe Zeugung von Kindern ist Ursache der materiellen Familiennot. Hier kann kein Staat helfen, auch nicht die Gewerkschaften. Hier hilft nur Aufklärung. Man komme mir nicht mit moralischen Einwendungen! Oder ist es etwa moralisch, ungehemmt und verantwortungslos Kinder zu zeugen, die dann auf engstem Raum (womöglich in Baracken und Bunkern) vegetieren müssen, unterernährt und schlecht gekleidet, deren Mütter sie auf dem Arm umhertragen müssen, weil das Geld nicht einmal für die Anschaffung eines gebrauchten Kinderwagens langt. Der Vater findet eben oft keine Arbeit, da helfen keine Beschönigungen.

3. *Die Zahl der Kinder bewußt beschränken.* Diese Praxis wird zwar heute schon geübt — Albert Müller beweist das mit vielen Zahlen und bedauert es, ich bin froh darüber —, aber vielfach leider nicht von denjenigen Menschen, die mit ihrer wachsenden Kinderschar in großer Not leben. Das hat nicht unbedingt etwas mit Asozialität zu tun, aber die Eugeniker haben so ihre Erfahrungen. Gemeindegewestern und -fürsorger müßten jene Eheleute aufsuchen, die ihres Kinder"segens" offenbar nicht Herr werden und sie mit den Methoden zur Empfängnisverhütung vertraut machen. Selbst die katholische Kirche räumt heute ein, daß die Beachtung der empfängnisfreien Tage der Frau unter gewissen Umständen durchaus angebracht sein kann. Wer von uns will päpstlicher sein als der Papst?

Die in allen Volksschichten — in den gehobenen wahrscheinlich noch mehr als in den unteren, auf die Einkommen bezogen — ungeheuer stark verbreitete Abtreibung als Methode der Geburtenregelung muß entschieden abgelehnt werden, und zwar aus vielerlei Gründen. Aufklärung kann es schaffen, wie z. B. in Schweden, daß fast nur noch Wunschkinder, also keine Zufalls- oder ungewollten Kinder mehr geboren werden.

4. *Jede Art von Propagierung oder Förderung des Kinderreichtums hat zu unterbleiben.* Ich behaupte, daß bei Beachtung dieser Vorschläge die Familiennot in absehbarer Zeit zwar nicht verschwunden, aber wesentlich gemildert sein wird.

Biologischer Selbstmord — Arbeitskräftemangel?

Weder das eine noch das andere wird die Folge sein. Es sollen ja weiterhin Kinder geboren werden, aber überwiegend in Verhältnissen, die für Kinder, Eltern und das Volk das Beste versprechen. Weder der Untergang der deutschen Nation noch der des Abendlandes ist durch Geburtenregelung zu befürchten; wenn Untergang, dann wird ein neuer Krieg die Ursache sein, aber das steht hier nicht zur Diskussion. Die deutsche und europäische Bevölkerung war

noch niemals in der Geschichte so zahlreich wie gegenwärtig, allerdings ist die Periode der Ausbreitung über fremde Kontinente vorbei. Eine stationäre, also eine nicht mehr wachsende Bevölkerung wäre für überbevölkerte Staaten das Gegebene, sogar eine leichte Abnahme wäre begrüßenswert. Aber dazu wird es nach den neuesten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Wirtschaft und Statistik/Heft 1/1954) in den nächsten Jahrzehnten nicht kommen — der Bundesfamilienminister behauptet es dennoch. Außerdem wollen wir doch den echten Zusammenschluß Europas, zumindest Westeuropas. Das schließt die Freizügigkeit der Wanderungen ein.

Italien, Griechenland und die Niederlande wären schon heute froh, alljährlich einen wesentlichen Teil ihres Bevölkerungszuwachses an andere europäische Länder abgeben zu können. Aber vorerst will niemand diese „Überflüssigen“ haben — sie sind es als Arbeits- und oft auch Wohnungslose in der Tat; wir kennen das ja aus eigener Erfahrung —, nur eine geringe Anzahl hat die Möglichkeit, nach Übersee abzuwandern. Kommt es aber zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Europa, strömen die Massen nach den Gebieten der höchsten Wirtschaftsintensität — und dazu gehört die Bundesrepublik. Wir müssen schon bald damit rechnen, daß Europäer an unsere Grenzpfosten klopfen. Offenbar ist diese Konsequenz der Schaffung eines einheitlichen Europa manchem Politiker noch nicht recht klar.

Es wird also weder zu einer Bevölkerungsabnahme noch zu einem Arbeitskräftemangel kommen. Im Gegenteil wird das westeuropäische Kardinalproblem nach wie vor sein, die Vier- bis Fünfmillionenarmee der Dauerarbeitslosen unterzubringen, wenn man nicht will, daß die politische Unzufriedenheit gefährlich wird. Und in einer solchen Situation fördert Frankreich energisch die Volksvermehrung, will die Bundesrepublik auf den gleichen, unheilvollen Pfaden wandeln!

Gefährliche Überalterung?

Ist es Unwissenheit oder Heuchelei, daß man immer wieder dieses Schlagwort benutzt? Viele hunderttausend arbeitsfähige und willige alte Menschen sind zur Untätigkeit verdammt, alljährlich werden ganze Heere arbeitsfreudiger Menschen zwangspensioniert. Und dann beklagt man die steigenden Versorgungslasten! Außer ausgesprochenen Tagedieben und den relativ wenigen lebenslänglich Arbeitsunfähigen gibt es niemand, der ohne entsprechende frühere Gegenleistung von anderen (jüngeren) Menschen unterhalten werden müßte. Jeder Rentner hat jahrzehntelang Beiträge entrichtet, vielfach erhält er, auch bei Berücksichtigung der Verwaltungskosten, nur einen Teil dessen, das er zu beanspruchen hat. Es ist falsch und

wird durch emsige Wiederholungen nicht richtig, daß die Berufstätigen für die Alten aufkommen müssen. Sie aktivieren lediglich deren Vorleistungen, die irgendwo im Volksvermögen stecken. Je mehr Menschen in das Rentenalter hineinwachsen, desto größer ist die Summe ihrer Vorleistungen. Neben der Beseitigung der Zwangspensionierung und -verrenterung sollten wir alles tun, um im Volke keine Oberalterungspsychose aufkommen zu lassen. Jetzt redet man dem Volke ein, daß es „überaltert“ sei — ein kompletter Unsinn!

Auch jenes Argument ist falsch, daß man jetzt die Geburtenzahl erhöhen müsse, um später genügend Hände für die Aufrechterhaltung des Sozialproduktes zu haben. In der modernen industriellen Gesellschaft spielt die Zahl der Arbeitskräfte nicht mehr jene Rolle, die manche Bevölkerungspolitiker ihr beimessen. Es ist technisch und organisatorisch durchaus möglich, unsere Produktion mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften zu verdoppeln, zu verdreifachen oder zu vervierfachen und den Lebensstandard entsprechend zu erhöhen. Andersherum: auch bei einem Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland (der ohne europäischen Arbeitskräfteausgleich erst nach 1965 und ganz allmählich, mit europäischer Arbeitshilfe überhaupt nicht einsetzen wird) kann die Produktion nicht nur gehalten, sondern ständig weiter erhöht werden. Dazu sind weder Atomenergie noch Wunderkräfte notwendig, sondern lediglich die Übertragung der amerikanischen Erfahrungen und Methoden auf Westeuropa bei voller Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials.

Je geringer die Geburtenzahl heute und in den nächsten Jahren ist, desto leichter wird es infolge der dann niedrigeren privaten und staatlichen Aufzucht- und Erziehungskosten sein, die Rationalisierungsinvestitionen durchzuführen. Die potentiellen europäischen Zuwanderer verursachen uns keinerlei Aufbringungskosten. Wir erhalten somit einen Teil unserer Milliarden-Aufwendungen zurück, die seit mehr als einem Jahrhundert dadurch entstanden sind, daß wir Millionen Menschen als Auswanderer abgeben mußten, für die effektiv keine Möglichkeit der wirtschaftlichen Eingliederung bestand (diese Periode ist auch heute noch nicht überwunden, wie die konstante Strukturarbeitslosigkeit beweist).

Diese Tatsachen muß man sich vergegenwärtigen, wenn man, wie Müller, den kinderreichen Familien besonders deshalb einen Teil ihrer

Aufwendungen erstatten will, weil sie eine überdurchschnittliche Reproduktionsleistung vollbringen. *Eben diese überdurchschnittliche Vermehrung führte zur Überbevölkerung Deutschlands mit allen daraus resultierenden Nöten.* Und das will man vergüten bzw. prämiieren? Wenn man für die vorhandenen Kinder kinderreicher Familien zusätzlich etwas tun will — in Ordnung. Man darf Kinder nicht für Unwissenheit und Verantwortungslosigkeit der Eltern büßen lassen. Aber bitte keinerlei Zulagen für neue überdurchschnittliche Reproduktion! Der „Bund der Kinderreichen“ besteht bereits wieder, seine Initiatoren wittern eine neue Hochkonjunktur. In unser aller Interesse sollten wir uns vor Wiederholungen begangener Fehler hüten. Kurt Fiebich

Die Bedeutung der Angestelltenfrage

Mit großer Freude habe ich die Aufsätze von Croner, Hornung und Brumlop über das Problem der Angestellten in Heft 4 gelesen. Durch diese Veröffentlichung hat sich die Redaktion ein großes Verdienst erworben, weil hier eine konkrete gesellschaftliche Frage angesprochen wurde.

Ich habe in der Ausgabe des „Neuen Vorwärts“ vom 15. April — also fast gleichzeitig — das Buch von Karl Renner „Wandlungen der modernen Gesellschaft“ besprochen und darin u. a. auch auf die Darlegungen in dem Buch von Fritz Sternberg „Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht“ (Gewerkschaftsausgabe) über die Angestelltenfrage hingewiesen. In dem Aufsatz brachte ich in Zusammenhang mit einer kurzen Untersuchung des Phänomens Faschismus meinerseits zum Ausdruck: „Man kann heute nur wünschen, daß die von weitsichtigen Gewerkschaftern eingeleiteten Bestrebungen, die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten richtig zu lösen, bald einen vollen Erfolg hat.“

Die sich ständig vermehrende Zahl der Angestellten und Intelligenzberufe stellt Aufgaben, an deren Lösung die Gewerkschaften ernsthaft herangehen müssen. Diese Schichten gehören nicht nur in die Gewerkschaft, sondern sollten aus ihrer gesellschaftlichen Lage heraus heute Vortrupp sein. Mögen die verantwortlichen Stellen unserer Gewerkschaft diese Riesenaufgabe erkennen, aus der Geschichte lernen und ernsthaft daran arbeiten.

Erich Meyer (Wanne-Eickel)
Mitglied des Bundestages